

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846.ppbm d
Telefax: 21 05 64



Inhalt

Gert Weisskirchen MdB
zur Auseinandersetzung
zwischen Nomenklatur und Zivilgesellschaft
in der UdSSR: Die Zeit der
Dürre ist vorbei.

Seite 1

45. Jahrgang / 36

21 Februar 1991

Die Zeit der Dürre ist vorbei

Zur Auseinandersetzung zwischen Nomenklatur und Zivilgesellschaft in der UdSSR

Von Gert Weisskirchen MdB

Vor einem halben Jahrzehnt hat Michail Gorbatschow als Häretiker begonnen. Mit Perestrojka und Glasnost hat er einen Prozeß in Gang gesetzt, dessen Dynamik die konservative Fraktion der Nomenklatur zur Gegenreaktion treibt. Zugleich haben die politischen Umbrüche in Ostmitteleuropa die neuen sozialen Bewegungen für Selbstbestimmung und Demokratie ermutigt. Gorbatschow, eingeklemmt zwischen post-stalinistischer Reaktion und demokratischer Revolution, bleibt nicht viel Zeit. Mit ihr schrumpfen auch seine Handlungsalternativen. Sein Schwanken zwischen den Fronten wird ihn zerreiben. Setzen sich im gesellschaftlichen Machtkampf die Anhänger der Militärdiktatur durch, dann wird der Chef der KPdSU zur Marionette in ihrer Hand. Stellt sich Gorbatschow nicht auf die Seite der demokratischen Revolution, dann wird er dereinst von einem frei gewählten Parlament abberufen.

i.

Um die Wende der Dekade in die achtziger Jahre erfuhr die Entspannungspolitik ihren paradigmatischen Wechsel. Vom "Wandel durch Annäherung" bereitete sie den "Wandel durch Auflehnung" vor. Ermutigt durch die Helsinki-Schlußakte, machten sich neue soziale Bewegungen die Widersprüche, mehrschichtigen Intentionen und Dimensionen dieses Vertragswerkes zu eigen. Die Signatarstaaten legten mit ihm den Grundstein für Abschluß und Neubeginn einer Ordnungsstruktur, die zugleich den territorialen Status quo sichern, in ihm politische Stabilität erhalten und die internationale Zusammenarbeit an den übergreifenden gesellschaftlichen Problemen regeln wollte.

ii.

Mit Solidarnosc begann, was mit den revolutionären Umbrüchen der letzten Jahre zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist: die Demokratie des parlamentarisch-westeuropäischen Typus siegte über die Diktatur des kommunistisch-osteuropäischen Typus. Zwei Faktoren trieben die Dynamik dieser Entwicklung an und verstärkten sie: Gorbatschows Versuch, die Sowjetunion von oben zu modernisieren und der Druck der neuen sozialen Bewegungen, Freiheit von unten zu erstreiten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Blättern
Recycling-Papier



Die gefährliche Übergangsphase von der Diktatur zur Demokratie in den osteuropäischen Staaten wurde bewältigt durch die weitgehend konsensuale Einrichtung der Doppelherrschaft, die die alte autoritäre Macht mit der neuen legitimen Macht verband.

Obzwar immerwährend bedroht, war es eine historische Leistung, daß diese Phase mit einem überraschend niedrigen Preis an offener Gewalt vollzogen werden konnte. Die kulturellen Dispositionen Europas haben sich insofern als tragfähig gezeigt. Wenn auch der Prozeß der Transformation institutionell noch längst nicht abgeschlossen ist: politisch ist er aus seiner Plazität schon herausgetreten. Verwundet könnte er werden, wenn die parlamentarische Demokratie unfähig zur Reform wäre, die sozialen Verwerfungen oder nationalistische Eruptionen sie zu Fall brächten.

III.

Während das eine Feld der Ellipse Europas von den wachsenden Kräften der zivilen Bürgergesellschaften durch selbstbestimmtes Handeln umgestaltet wird, hat jener verändernde Prozeß im anderen Feld der Ellipse begonnen. Das hypertrophe Konstrukt Sowjetunion zusammengepreßt durch den stalinischen Terror, wird nicht überleben. Entscheidend wird sein, ob die Gewalt freigesetzt wird im bereits begonnenen Prozeß der Transformation, die nötig war, die Sowjetunion zu dem zu machen, was sie heute ist. Analogien helfen in aktuellen Entscheidungssituationen nicht immer. Oft verstellen sie den Blick auf das real Mögliche. Dennoch mögen die Übergänge aus dem Projekt des bürokratischen Kommunismus, wie sie in Osteuropa stattfinden, hinweisen auf Optionen, die in der Sowjetunion gewählt werden können. Mir scheint, daß sich drei voneinander unterscheidbare Alternativen abzeichnen.

Das despotische Szenario

In unwesentlich modifizierter Form wird die alte post-stalinistische Machtstruktur wieder hergestellt. Die zentralen Apparate von Militär, KGB, Partei und ihrer Blockstrukturen stabilisieren in allen gesellschaftlichen Sektoren mit wenn nötig auch offener oder verdeckter Gewalt ihr Monopol. Der Prozeß zur Konstituierung der civil society wird eingefroren, die Demokratisierungspotentiale werden ausgetrocknet und der Trend zur Anerkennung der Rechte des Individuums gegenüber dem Staat wird wieder umgekehrt. Die Union wird mit neuer Rhetorik im alten Zement einbetoniert.

Das autoritäre Szenario

Die Strukturen der Macht werden auf das Präsidialamt zugeschnitten und Schritt für Schritt den Sowjets entnommen. Begrenzte Rechte auf Entscheidungen mögen ihnen mit eher deklamatorischem Charakter verbleiben. Sie werden in der Zeitperspektive jedoch auf marginale Kontrollmöglichkeiten abgestuft werden. Die Republiken können kulturelle Teilautonomie behaupten. Alle wesentlichen politischen Entscheidungsspielräume werden eingeebnet. Die Miliz wird dem strikten Oberbefehl des Innenministers, mindestens auf absehbare Zeit, unterstellt. Die Tendenz zur Parlamentarisierung wird gebrochen. Im Gegenzug werden die Reisemöglichkeiten ins Ausland möglicherweise erleichtert.

Das demokratische Szenario

Der zögerlich begonnene Weg der Doppelherrschaft wird schrittweise fortgeführt. Die Gewalten werden neu verteilt. Die Macht des Präsidenten verlagert sich auf die dem Parlament verantwortliche Zentralregierung. Den Republiken wird volle Autonomie gewährt. In freiwilliger Entscheidung können sie die Union verlassen. Wahrscheinlicher als die Dekomposition der Union wäre jedoch ihre Neukonturierung durch den wieder erfolgenden Zusammenschluß. Diese Entwicklung mag - wie im Baltikum - abgestuft erfolgen. Und doch werden alle bisherigen Republiken in enger Kooperation miteinander bleiben. Die Demokratisierung von oben wird ergänzt durch die Demokratisierung von unten. Die Freiheit der Person wird garantiert wie die Freiheit der Organisation von gesellschaftlichen Bewegungen.

IV.

Welchen Weg wird Michail Gorbatschow gehen? Die Anzeichen verdichten sich, daß er die dritte Option verlassen hat. Mit Glasnost und Perestrojka hat er unerhört mutig einen Prozeß in Gang gesetzt, der zu einer tiefgreifenden Demokratisierung führen kann. Frühformen von Kräften der zivilen Bürgergesellschaft sind vom Packeis des Post-Stalinismus befreit. Sie haben begonnen, autonom gesellschaftliche Ziele zu erörtern und Organisationen aufzubauen. Liberalisierung hat sich an Demokratisierung gekoppelt und sich wechselseitig bestätigt. Aufhalten läßt sich dieser säkulare Wandel nur noch mit Gewalt. Stalinismus wäre der Preis für die Rückkehr zum "Noli me tangere" des Machtmonopols, sei es einer Partei oder einer Präsidentschaft oder einer Mischung beider. Schewardnadzes Warnungen vor der Diktatur Ende des letzten Jahres sind eingetreten. Gorbatschow pendelt gegenwärtig zwischen den Szenarien (1) und (2).

Er geht "zwei Schritte vor und einen zurück". Es scheint, als bewege er sich auf ein "martial law" zu. Ob "graue Diktatur" zwischen Demokratie oder Despotie liegen wird, ist noch nicht entschieden. Allerdings wächst die Gefahr, daß das neuerliche Wuchern von militärischen Aktionen zivile Lösungsstrategien erstickt. Die emporschießenden Konflikte in allen Teilen der Sowjetunion lassen sich militärisch nicht lösen. Im Gegenteil: ordnende Funktionen des Zentralstaates müssen endlich ihres Schrecken verbreitenden Charakter entledigt werden, wenn nicht die Sowjetunion im Chaos versinken will. Der wachsende Problemdruck hat die Schmerzgrenze längst überstiegen. Zusammengehalten werden kann die Sowjetunion nicht länger durch militärische Gewalt. Wird diese Grundstruktur nicht abgelöst durch offenen und öffentlichen Dialog, die Freiheit der Entfaltung der civil society, die Stärkung kultureller Dispositive und die Erweiterung der Rechte der Menschen, den privaten und öffentlichen Raum zu gestalten, dann treibt die Sowjetunion auf ihren Zerfall zu. Militärische Gewalt mag die Unaufhaltsamkeit dieser Entwicklung temporär verlangsamen. Stabilität wird die Sowjetunion jedoch nur noch gewinnen mit der Bildung von Konsens durch die Fähigkeit, Konflikte zivil auszutragen. Die Demonstration von Gewalt und der Einsatz von Terror werden, wenn nötig, der Kitt, der die Sowjetunion bislang zusammenhielt. Einschüchterung und Angst aber sind keine identitätsstiftenden Quellen, aus denen Kraft gezogen werden könnte zur Bearbeitung der sich aufstauenden Probleme. Auch und gerade auf dem Hintergrund der kulturellen Differenz der multinationalen Union der Sowjetrepubliken haben nur noch Strategien der friedlichen Bearbeitung von Problemen eine reale Chance, die Zustimmung der Menschen auch zu unbequemen Lösungsvorschlägen zu finden. Dies aber ist eine unverzichtbare Bedingung für die Konstituierung einer Gesellschaft, die sich entwickelnde Strukturen der civil society braucht, um eine lebendige soziale Demokratie aufzubauen.

V.

Wenn auch Perestrojka und Glasnost zu einer Auflockerung der Arbeitsbedingungen für die Kräfte der civil society geführt hat - von der Gleichheit der Waffen im friedlichen Kampf um die Gestaltung der Sowjetunion kann längst nicht die Rede sein. Allenfalls rhetorisch ist der Anspruch der KPdSU auf das Monopol der Macht durch die Streichung des Artikels 6 der Verfassung aufgegeben worden. Den vielfältigen Initiativen, Gewerkschaftsgruppen, ökologischen Vereinigungen und Parteien droht die permanente Marginalisierung. Allein ihre partielle Verankerung in den Parlamenten oder ihre Nähe zu Bürokratien schützt ihre fragile Existenz. In ihrer Flexibilität und weniger in den starren Strukturen des etatistischen Blocks verbergen sich die kreativen Potentiale, die die Sowjetunion zu ihrer friedlichen Transformation so dringend braucht. Eine wachsende Zahl der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz hat sich bereits umorientiert und ist im Begriff, zusätzlich Persönlichkeiten für diesen Weg zu gewinnen. Gegenüber dem Zentralstaat muß sich die civil society als oppositionelle Gegenmacht formieren. In den Republiken, die ihre Sowjets nach weitgehend liberalen Wahlgesetzen bestimmt haben, verlieren die auf den Zentralstaat orientierten Kommunisten an Einfluß. Die zunehmende Parlamenterisierung drängt sie durch demokratische Entscheide aus den Regierungen.

Zwar ist die Schärfe dieses Trends unterschiedlich ausgeprägt. Unausweichlich steht jedoch am Ende der freien Wahlen das Ende der KPdSU als der beherrschende gesellschaftlich-politische Machtkomplex. Diese Erkenntnis hat die künftigen Verlierer der fortschreitenden Demokratisierung aufgeschreckt. Der zu erwartende Verlust an unlegitimierter Hegemonie hat sie zu einer wilden Abwehrschlacht angestiftet. Den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa vor ihren Augen kehren die Profiteure der Nomenklatur ihre Angst gegen die nach Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie verlangenden Völker innerhalb der Sowjetunion. Der Prozeß von Perestrojka und Glasnost ist auf das Skelett der puren Machtstruktur gestoßen. Die Intentionen dieses Prozesses sind nicht länger von der Nomenklatur einzufangen. Sie verlangen nach fundamentaler Demokratie. Sie schießen über den Versuch hinaus, ihn in den Bahnen der traditionellen leninistischen Kontrolle zu halten. Die unendlich erschienene Zeit der Dürre ist vorbei.

VI.

Gorbatschow muß sich entscheiden. Oder es wird über ihn entschieden. Macht er sich zum Werkzeug des granitenen Blocks der im Todeskampf befindlichen Nomenklatur, dann mag er den unaufhaltsamen Zerfall der Macht auf kurze Frist vielleicht noch einmal stoppen. Dann aber machte er sich zum Schuldigen. Dann verdrängte der Generalsekretär, an dessen Hände Blut klebt, den Träger des Friedensnobelpreises. Noch besteht die Chance, die Kräfte der wachsenden zivilen Bürgergesellschaft zu verknüpfen mit den reformorientierten Persönlichkeiten, die in den Institutionen des Zentralstaates, seiner auf ihn zugeschnittenen gesellschaftlichen Organisationen und denen der Republiken arbeiten. Aber die Chance verliert sich, je offensichtlicher Gorbatschows operative Entscheidungen die demokratische Handlungsalternative verläßt und sich der autoritären oder gar der despotischen annähert. Seit der Mitte des Jahres 1990 jedenfalls ist erkennbar, daß Gorbatschow einen Kompromiß mit dem konservativ-reaktionären Block eingegangen ist. Ihre Angst vor dem Verfall ihres Einflusses kehrt sie gegen die Demokratie. Das Drehbuch ist längst geschrieben, das den Legitimationsbedarf für militärische Lösungsversuche künstlich beschaffen soll. Und es wird Seite für Seite umgeblättert. Lüge, Denunziation und Diffamierung werden gezielt eingesetzt, um die Potentiale von Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie unglaublich zu machen. Gefühle von Bedrohung und Unsicherheit sollen durch provokatorische Aktionen so geschürt werden, daß das dadurch erzeugte Chaos nur noch durch die demonstrativ eingesetzte Ordnungsmacht des Zentralstaates gebändigt werden kann.

Nahrung für diese Taktik kann auch gefunden werden in vermeidbaren Fehlern der nationalen und demokratischen Bewegungen. Es wundert deren begangene Fehler nicht. Sie entspringen einem Radikalismus, der sich gegen die Ziele von Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie wenden kann. Es wundert eher, daß nicht größere Fehler gemacht werden. In keinem Fall jedoch legitimieren sie den Rückfall in Despotie, nicht wegen der Wirren des islamischen Fundamentalismus und schon gar nicht wegen des nationalen Erwachens im Baltikum. Die Sezessionsbestrebungen sind zuvörderst Ausdruck des Willens, eine tragfähige neue Antwort auf den Genozid der stalinischen Nationalitätenpolitik zu geben. Das Ergebnis der litauischen Volksbefragung war vorzusehen. In Estland und Lettland ist vergleichbares zu erwarten. Ein Irrtum wäre es, begrenzte man den Willen nach Trennung von der Union auf das Baltikum. Georgien und Moldawien, Ukraine und Weiß-Rußland sind längst davon erfaßt. Anders als in den islamisch dominierten Republiken jedoch könnte eine friedliche Lösung im Baltikum wie ein Katalysator für den neuen Ausgleich der Interessen zwischen der Union und den Republiken wirken. Nichts brauchte die Sowjetunion dringlicher als ein Zeichen für den konstruktiven Umgang mit dem bislang ungelösten Problem der Entschärfung der nationalen Sprengsätze. Weil im Baltikum die Bereitschaft aller, der Vertreter der Mehrheitsgruppen wie der Gruppen der nationalen Minderheiten, erkennbar ist wie sonst nirgends in der UdSSR, ohne Anwendung von Gewalt, ihre Konflikte durch Dialog auszutragen, könnte diese Region zum Symbol eines neuen Beginns für die gesamte Union werden.

VII.

Die schonungslose Analyse der niedergehenden ökonomischen Sektoren in der Sowjetunion hatte Gorbatschow in der ersten Phase seiner Amtsübernahme davon überzeugt: nur noch eine radikale Umgestaltung konnte den ins Unermeßliche wachsenden Produktivitätsrückstand seiner Union gegenüber den kapitalistisch orientierten Industrieländern mildern und den Trend zur endemischen Zerstörung der industriellen Basis umkehren. Die komparativen ökonomischen Leistungen und Kosten verlangten die Perestrojka. Ihrem Ausgangspunkt lag weniger der politische Wille als der Zwang zur ökonomischen Modernisierung zugrunde. Hierin liegt auch die engführende Konzeption der selbstlimitierten Reform. Es ging nicht um die tiefgreifende Demokratisierung. Und schon gar nicht um die Einführung der westlich-parlamentarischen Demokratie. Es ging darum, die Macht der zentralen Institutionen - KPdSU, Armee, KGB, militärisch-industrieller Komplex - einzudämmen, mit der Einführung des Rechtsstaates zu beginnen und eine kanalisierte Parlamentarisierung in Gang zu setzen. Gesteuert werden sollte dieser Prozeß von oben durch die vorsichtige Differenzierung des Machtmonopols. Das Sanktuarium der Macht aber sollte im wesentlichen nicht angetastet, eher modifiziert werden. Glasnost sollte diesen Prozeß durch den freieren Zugang zu Informationen von unten absichern. Und zugleich uneinsichtige Bestände in der Nomenklatur überspielen oder auch neutralisieren. Die vorausgeplante Harmonie hielt aber der Realität nicht stand. Von drei Ebenen aus konnten die Widersprüche dieses Konzepts angegriffen werden.

- Die reaktionäre Fraktion der Nomenklatur rebelliert nach anfänglichem Nachgeben gegen ihr Verschwinden in der Demokratie. Die Koalition der Verlierer hat sich informiert. Ihre Formation ist ausschließlich darauf orientiert, die Festung der Macht zu halten. Inhaltlich hat sie keine innere Klammer als die Bereitschaft zum Terror.
- Die neuen sozialen Bewegungen spiegeln in sich den längst begonnenen Frühling der Pluralisierung. Gärend zwar und in sich widersprüchlich, ist für sie der beschrittene Weg zur Demokratie ein Weg ohne Rückkehr. Dort, wo die Wahlgesetze dies erlaubten, eroberten sie die Sowjets und machen sie zur Tribüne ihrer Ziele von einem anderen Leben. Die Kraft der Klammern, die sie zusammenhalten, sind noch schwach. Im Angesicht des drohenden Rückfalls in die Despotie, beginnen sie verzweifelt, eine Strategie der Integration ihrer noch voneinander geschiedenen inhaltlichen Ansätze zu entwickeln.
- Die Sezessionsbewegungen in den Republiken sind nicht allein Ausdruck des gewachsenen nationalen Bewußtseins und insofern befreiende Antwort auf die jahrzehntelange Unterdrückung durch Moskau. Sie sind auch nicht nur die notwendige Korrektur der mörderischen Politik der Russifizierung der zentralen Strukturen des Machtmonopols. Sie sind nicht zuletzt der Versuch, ausbrechen zu wollen aus dem befürchteten kataraktartigen Untergang der Sowjetunion.

Zwei Obsessionen stehen einander gegenüber. Sie haben sich längst gelöst aus ihrem Begründungszusammenhang und den Charakter eines Kreuzzuges gewonnen. Sie schieben sich als Frontlinie aufeinander zu: Demokratie versus Nationalismus. Die Moskauer Unionsspitze behauptet, nur noch militärische Ordnungsmacht könne die Fanatiker der nationalen Unabhängigkeit aufhalten. Und die gewählte Repräsentanz der Republiken beharrt auf ihrem Freiheitsrecht zur Selbstbestimmung. Mit Gewalt ist dieser Konflikt nicht zu lösen. Zumal in ihn hinein alle anderen aufgestauten Probleme hineinschießen. So schaukeln sich die Konfliktpotentiale gegenseitig hoch und verlieren dabei die Fähigkeit zu ihrer Kontrolle. Ist eben dies nicht das strategische Ziel, das erreicht werden soll? Soll nicht dargelegt werden, daß Chaos das Ergebnis der Bewegung von unten für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung ist? Und soll nicht die militärische und präsidiale Ordnungsmacht zum Retter vor dem Tod der Sowjetunion stilisiert werden?

Die Basis für beide Obsessionen ist eine suggestive. Die Frage um die baltische Freiheit treibt nicht auf Tod oder Leben der Sowjetunion zu. Sie wird von der Seite des Zentrums in der gleichen Absicht aufgeworfen wie von der Seite der zentrifugalen Peripherie. Ob und wie rasch

das schwer auf allen Republiken lastende poststalinistische Erbe abgebaut werden kann, ist das zentrale Problem der UdSSR. Aber die Machtfrage schieben baltische Nationalisten und Moskauer Zentristen vor seine Lösung, statt, daß sie versuchten, sie in aller Konsequenz anzugehen. Übersehen läßt sich nicht, daß Gorbatschow den Vorschlag der baltischen Staaten nicht aufgegriffen hat, die UdSSR solle sich in eine in sich multikulturelle Föderation verwandeln, die den Republiken autonome Rechte einräumen müsse. Seine bruske Reaktion hat den Sezessionsbewegungen starken Zulauf verschafft. "Wer zuspät kommt, den bestraft das Leben"; diese Erkenntnis, ausgesprochen gegenüber Honecker Anfang Oktober 1989 vor dessen Sturz, hat Gorbatschow selbst in seiner nach innen gewendeten Politik nicht klar genug verfolgt.

Was gestern durch freiwillige Zustimmung der Republiken gegen die Interessen der Nomenklatur noch möglich war durchzusetzen, soll heute durch die Androhung von Gewalt mit dem Willen der Nomenklatur gegen die nach Selbstbestimmung rufenden Republiken durchgesetzt werden. Wer öffnet hier die Schere der Gewalt? Gewiß hat Gorbatschow versucht, vertretbare Kompromißlinien mit der "Betonfraktion" zu formulieren und sie zugleich in einem Spiel mit den Methoden der Partehierarchie personell aus entscheidenden Positionen zu verdrängen. In und mit diesem Spiel auf den unterschiedlichen Bühnen der Apparate der immer neu auszuwandernden Machtbalance stand er in der Gefahr, nach rechts zu kippen. Nachdem die reformerische Linke in der KPdSU ihre eigene Perspektive verloren gehen sah, versuchte sie über unterschiedliche Stationen - wie den Perestrojka-Club, wie die Demokratische Plattform - eine originäre Strategie zu entwickeln. Der "drop-out" des Reformflügels der KPdSU korrespondiert mit dem "brain-drain" von Wissenschaftlern, die begonnen haben, sich außerhalb der Unionsspitze umzuorientieren auf die Institutionen der Regierung der RSFSR, die Beratung der Parlamente und der erwachsenden neuen sozialen Bewegungen. Der individuelle Rückzug von Repräsentanten der liberalen Reformer aus der Unionsspitze hebt den Vorhang und zeigt, was wirklich gespielt wird.

VIII.

"Diejenigen, die die stehenden Gewässer der Monarchie lieben und sich um diese Sorgen machten, fühlten, daß sie sich in Todesnähe befinden. Diejenigen, die die Monarchie haßten, meinten, sie würde ewig dauern." Ilona Duczynska, ungarische Revolutionärin, beschrieb so die Ambivalenz des Schwebezustands der Schwangerschaft einer neuen Gesellschaft in der Agonie der alten. In den Verlust mischt sich die Hoffnung. Die "Solidarität der Erschütterten" ist in Zeiten des Übergangs Halt. Jan Patočka hat daraus gelebt. Die ethische Kraft der Dissidenz, ihre naive Hartnäckigkeit ist daraus gewachsen. Gorbatschow hatte den Mut, die Reste der Despotie aus Ostmitteleuropa zurückzuziehen. Die schwierigere Prüfung steht ihm noch aus. Und auch uns. Ob er wirklich zum "Helden des Rückzugs" wird, wie Hans Magnus Enzensberger meint, zeigt sich, ob er aus dem langen Schatten Stalins heraustreten wird. Noch kann er sich verbünden mit den erwachten Bewegungen zu Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Noch kann die Sowjetunion verwandelt werden von einem "Gefängnis der Völker" zu einem Bund freier Republiken. Noch können die Waffen der Despotie umgeschmiedet werden zu Pflugscharen der zivilen Bürgergesellschaft. Jacques Morin konnte sie noch sehen, die "roten Sonnen, die jenseits des kleinen Europa strahlen". Sie sind verglüht. Solange sie hell zu strahlen scheinen, drohen sie die Sicht zu nehmen auf die vielfarbene Wirklichkeit. Im Verlöschen blenden sie nicht mehr. Die Konturen für die Umgestaltung unseres Kontinents treten umso deutlicher in der Dämmerung hervor. Das Gesicht Europa wird menschliche Züge tragen, wenn die alten sozialen Bewegungen sich mit den neuen sozialen Bewegungen treffen und sich an ihre Aufgabe machen.

(-/21.2.1991/rs/fü)
